

Mitte auf **links** drehen

Sozial. Ökologisch. Solidarisch.

Programm für die Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung
Berlin-Mitte 2021

DIE LINKE.
Bezirksverband Berlin Mitte

3	Inhalt	
4	1. Präambel	2
5	2. Wohnen, Klima, Mobilität	4
6	Stadtentwicklung.....	4
7	Wohnungsneubau gestalten	5
8	Klimagerechtigkeit in Mitte	6
9	Grünflächen - jeder Quadratmeter zählt!	6
10	Verkehr sicher, rücksichtsvoll und umweltfreundlich gestalten	7
11	3. Lernen in Mitte	8
12	Mitte als kinder- und familienfreundlicher Bezirk	8
13	Familien – in Mitte willkommen.....	10
14	Lern- und Lebensort Schule.....	11
15	Weiterbildung & Kultur	13
16	4. Gemeinsam in Mitte	14
17	Wirtschaft & Arbeit	14
18	Soziales & Gesundheit: Mehr öffentliche Angebote für ein gutes Leben in Mitte	15
19	Sport	17
20	Finanzen	17
21	Verwaltung	18
22	Demokratie, Bürger*innenbeteiligung und Transparenz.....	19
23		
24		

25 **1. Präambel**

26 Die historische Wiege der Stadt ist unser Arbeitsfeld als LINKE im Bezirk Mitte. Wir begreifen
27 uns als Anwälte der Kieze und für uns ist und bleibt Berlin eine Mieter*innenstadt. Berlin ist
28 und bleibt eine Mieter*innenstadt. Auch deshalb stehen wir an der Seite der Initiative
29 „Deutsche Wohnen & Co enteignen!“. Der Kiez ist unser Zuhause mit jedem Baum und jeder
30 Wiese, jeder Kita und Sporthalle, jedem runzligen Altbau und bezahlbaren Neubau, jeder
31 Kneipe und jedem Szeneclub, jedem Gemüsestand und Pizzarestaurant. Mit 400.000
32 Menschen aus über 100 Nationen leben wir in unserem Bezirk die kulturelle Vielfalt und
33 Weltoffenheit.

34 Unser Ziel ist es, ein verträgliches Miteinander zwischen Bewohner*innen, Arbeitsstätten und
35 Freizeitangeboten in jedem Kiez zu finden. Das aber wird seit Jahren immer schwieriger, da
36 die marktwirtschaftliche Stadtplanung davon ausgeht, dass die Innenstädte
37 „Investorengelände“ sind, wofür die Verdrängung der Altmietler*innen und die zunehmende
38 Obdachlosigkeit die wohl sichtbarsten Zeichen sind. Wir als LINKE wollen das nicht
39 hinnehmen, denn für uns ist das Wohnrecht ein Menschenrecht. Auch und gerade für die
40 Kinder in unserem kinderreichen Bezirk.

41 Mitte hat ein massives Problem mit Kinder- und Altersarmut. Armutsbekämpfung bedeutet
42 für uns, dass Familien auch in Zukunft die Miete zahlen können, dass jedes Kind einen guten
43 Kitaplatz und eine Schule um die Ecke findet. Wir brauchen Platz zum Spielen und um
44 Freund*innen zu treffen, für Sport und Erholung statt für teure Parkplätze über und unter der
45 Erde. Sie rauben uns nicht nur Platz, sondern die Luft zum Atmen. Gutes Leben in Mitte heißt
46 für uns auch, sicher die Straße überqueren zu können, auf dem Fußweg nicht in Löcher zu
47 fallen oder umgefahren zu werden. Bedeutet, dass die Verwaltung sich Zeit nimmt, um sich
48 unsere Sorgen anzuhören. Heißt auch, dann einen Termin beim Standesamt zu finden, wenn
49 wir ihn brauchen und nicht, wenn wir ihn von Amts wegen zugewiesen bekommen. Meint,
50 unkompliziert das richtige Formular für ein Anliegen zu finden. Die kaputtgesparte Verwaltung
51 muss weiter aufgestockt werden und nicht nur die Schulen brauchen schnelles Internet und
52 mehr Computer.

53 Viele Entscheidungen werden in den kommenden Jahren getroffen, die unser Leben und das
54 unserer Kinder heute und in naher und fernerer Zukunft bestimmen. Wir haben es JETZT in
55 der Hand, nicht nur über den Klimawandel zu reden, sondern sozial und ökologisch zu handeln.
56 Wir wollen dies aber nicht über die Köpfe der hier Wohnenden hinweg tun, sondern
57 gemeinsam mit ihnen. Alle sollen und müssen frühzeitig in Entscheidungen, die ihren Kiez
58 betreffen, einbezogen werden. Viele glauben, Bürger*innenbeteiligung würde manchmal
59 nerven, aber sie ist Grundvoraussetzung für eine lebendige Demokratie und das Funktionieren
60 unseres Zusammenlebens.

61 Wie lange das Corona-Virus bleibt oder ob es in neuer Gestalt wieder auftritt, wissen wir nicht.
62 Wie hoch die durch die Pandemie bedingten Einnahmeausfälle der öffentlichen Kassen
63 insgesamt sein werden, können wir noch nicht genau sagen, ebenso wenig, welche
64 Mehrausgaben in den kommenden Monaten und Jahren auf uns zukommen werden. Aber
65 eines wissen wir: Die Lasten dieser Krise sollten zuvorderst von denen getragen werden, die
66 in diesem System Millionen und Abermillionen verdienen.

67 Berlin Mitte, das sind wir alle. Wir sind Vielfalt. Wir sind Solidarität. Berlin ist und bleibt auch
68 eine Stadt des Friedens. Gerade die Geschichte von Berlin Mitte, wo 1945 der 2. Weltkrieg
69 endete, mahnt uns an eine friedliche Außenpolitik, insbesondere gegenüber Russland. Wir
70 unterstützen daher im Bezirk alle friedenspolitischen Aktionen, wie zum Beispiel den
71 Ostermarsch.

72 Geben Sie der LINKEN Ihre Stimme. Als stärkste Kraft in unserem Bezirk, mit unserem
73 Kandidaten Christoph Keller an der Spitze können wir mehr für unser Gemeinwesen tun. Wem
74 nützt es? Der Kern jeder politischen Entscheidung ist die soziale Frage und die können Sie und
75 wir gemeinsam am besten beantworten.

76 **2. Wohnen, Klima, Mobilität**

77 **Stadtentwicklung**

78 Die wichtigste vor uns stehende kommunalpolitische Aufgabe ist der Erhalt und die Schaffung
79 bezahlbarer Wohnungen in der Mitte der Stadt. Von einer Wohnung, die man sich leisten
80 kann, hängt alles ab. Wie und wo wir wohnen, darf nicht der Geldbeutel entscheiden. Mitte
81 muss ein Ort für alle sein. Wir sagen, das muss auch so bleiben, insbesondere für jene
82 Menschen, die im Kapitalismus systematisch ausgegrenzt werden. Es darf nicht sein, dass der
83 größte Teil des Einkommens für die Miete draufgeht und für gesunde Ernährung, Kultur,
84 Bildung, Mobilität und Freizeit immer weniger Geld zur Verfügung steht.

85 Öffentliche Räume müssen öffentlich bleiben. Sie müssen qualitativ entwickelt werden und
86 als konsumfreie Bereiche für Jede und Jeden jederzeit nutzbar sein. Der Freiraum zwischen
87 Fernsehturm und Humboldtforum ist der zentrale Platz der Berliner*innen und ihrer Gäste.
88 Dieser Raum bietet sich an, den sorgsam Umgang mit Vegetation, Versiegelung und
89 Wasserhaushalt sowie gestalterische Lösungen für Hitze- und Sonnenschutz zu
90 demonstrieren, neue öffentliche Aufenthaltsqualitäten und attraktive Gestaltungen zu
91 schaffen: ein grüneprägter Stadtinnenraum, ein Wohnzimmer Berlins. Wir setzen uns ebenso
92 dafür ein, dass das Ensemble des Marx-Engels-Denkmal einen würdigen Platz in diesem Raum
93 erhält.

94 Der Platz vor dem Roten Rathaus muss der Ort für Proteste und Feiern der Berliner*innen sein
95 – ein **Stadt Forum** für die **Mitte** Berlins.

96 **Für den Erhalt von bezahlbarem Wohnraum schlagen wir folgende Maßnahmen vor:**

97 Das Gesetz zur Mietenbegrenzung im Wohnungswesen in Berlin, der **Berliner Mietendeckel**,
98 ist die revolutionärste Errungenschaft der rot-rot-grünen Regierungszeit zwischen 2016 und
99 2021. Jetzt kommt es darauf an, ihn effektiv umzusetzen, damit die Wohnung bezahlbar bleibt.
100 **Soziale Erhaltungsgebiete schützen** Mieter*innen vor Verdrängung als Folge von
101 Luxusmodernisierung und Umwandlung der Miet- in eine Eigentumswohnung. Hier darf und
102 muss das **kommunale Vorkaufsrecht** für Wohnhäuser angewendet werden. Mit dem
103 kommunalen Vorkaufsrecht entziehen wir Wohngebäude dem Spekulationsmarkt und
104 schützen so deren Bewohner*innen vor Investoren, die sich nicht an geltende Regeln für
105 Milieuschutzgebiete halten wollen. Deshalb werden wir weitere solcher Gebiete festlegen und
106 die Instrumente des **Milieuschutzes** auch zum Schutz der sozialen Infrastruktur nachschärfen.
107 Wo sich private Wohnungsbesitzer*innen über Recht und Gesetz hinwegsetzen und sogar
108 massenhaft Mieter*innen durch unsoziales Verhalten unter Druck und auf die Straße setzen,
109 werden wir eingreifen, gegebenenfalls auch durch **Enteignung** gemäß den dafür bestehenden
110 gesetzlichen Regelungen. Wir brauchen **energetische Modernisierungen** für den Klimaschutz,
111 doch sie müssen sozial gerecht und warmmietenneutral sein. Damit **Klimaschutz und Schutz**
112 **der Mieter*innen** kein Widerspruch sind, brauchen wir ein starkes Förderprogramm, soziale
113 Sanierungsziele und klare Regeln zum Schutz der Mieter*innen. **Zweckentfremdung von**
114 **Wohnungen** ist kein Kavaliersdelikt und muss daher konsequent verfolgt werden.
115 Ferienwohnungen müssen wieder dem regulären Wohnungsmarkt zugeführt werden. Für all
116 diese Aufgaben muss das bezirkliche Wohnungsamt endlich entsprechend **personell**
117 **ausgestattet** werden.

118 Wohnungsneubau gestalten

119 Neben dem Erhalt bezahlbaren Wohnraums ist der **Wohnungsneubau** die zweite Säule zur
120 Lösung des Wohnungsmangels in unserem Bezirk. Auch in Mitte wird und soll es
121 Wohnungsneubau geben. Dabei kommt es darauf an, dass sich das neu zu bauende
122 Wohnungssegment an allen Einkommensgruppen und Familiengrößen ausrichtet. Mehr als 50
123 % aller Berliner Haushalte haben einen Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein. Hier
124 besteht der größte Bedarf, daher muss hier der Schwerpunkt des Wohnungsneubaus liegen.

125 Wichtigster Partner des Bezirks bei der Schaffung leistbarer Wohnungen sind die
126 **kommunalen Wohnungsbaugesellschaften**. Wir wollen, dass öffentliche Flächen für den
127 Wohnungsneubau vor allem an diese Gesellschaften vergeben werden. Aber auch
128 Genossenschaften und andere gemeinnützige Träger sollen einbezogen werden. So kann es
129 gelingen, die aktuelle Wohnungsnot nachhaltig zu überwinden.

130 Die Schaffung bezahlbarer Wohnungen darf allerdings nicht alleinige Aufgabe der
131 kommunalen Wohnungsbaugesellschaften sein. Auch private Investoren stehen hier in der
132 Verantwortung. Das Prinzip der Freiwilligkeit war in der Vergangenheit nicht erfolgreich. Der
133 Bezirk verfügt über Mittel wie das Planungsrecht, mit dem Investoren zum Bau bezahlbarer
134 Wohnungen veranlasst werden können. Wir fordern, dass das Planungsrecht konsequent
135 angewendet wird und das Bezirksamt mehr als bisher den Bau bezahlbarer und
136 belegungsgebundener Wohnungen über **Bebauungspläne** vorantreibt. Das Berliner **Modell**
137 **der kooperativen Baulandentwicklung**, wonach auf 30 % der bebaubaren Flächen Sozialer
138 Wohnungsbau zu errichten ist, muss konsequente Anwendung finden. Der Bezirk muss
139 deutlich mehr Bauvorhaben über einen Bebauungsplan steuern.

140 Neue Wohnungen müssen sich mehr als bisher an zeitgemäßen Wohnbedürfnissen
141 orientieren. Wir wollen mehr Angebote für die unterschiedlichsten Formen von
142 Wohngemeinschaften, des barrierefreien, altersgerechten und studentischen Wohnens
143 schaffen.

144 Wohnungsneubau auf unbebauten Flächen bedeutet **Flächenkonkurrenz** mit anderen
145 notwendigen Entwicklungszielen wie Schule, Kindergarten, Kultur und Stadtgrün. Daher
146 braucht es kluge Flächennutzungskonzepte und die **Beteiligung der Bürger*innen** des
147 Bezirkes bei den Entscheidungen, welche Fläche wofür genutzt werden soll. **Hochhäuser**
148 können dabei einen Beitrag zum flächensparenden Bauen in der Innenstadt leisten. Wir
149 verweigern uns nicht dem Bau von Hochhäusern, wenn sie einen Mehrwert für das
150 unmittelbare Umfeld schaffen. Sie müssen multifunktional sein, sie sollen mindestens 30 %
151 Wohnungen enthalten und davon 30 % Sozialwohnungen. In jedem Fall ist zu prüfen, ob auch
152 soziale Infrastruktur wie Schulen und Kindergärten, Senioreneinrichtungen und
153 Lebensmittelläden u. ä. in Hochhäuser integriert werden können (soll für alle neuen
154 Hochhausstandorte gelten).

155 Klimaschutz und Bauen müssen zusammengedacht werden für mehr Lebensqualität und
156 soziale Gerechtigkeit beim Wohnen. Dazu gehört, verstärkt auf **klimaneutrales Bauen** zu
157 setzen. Bauen mit nachhaltigen, ökologischen Baustoffen darf nicht länger benachteiligt,
158 sondern muss gefördert werden. Wir setzen uns dafür ein, das neue Rathaus in Mitte aus Holz
159 zu bauen. Den Bezirksämtern kommt zudem eine besondere Verantwortung mit großen

160 Beständen an öffentlichen Gebäuden zu. Hier soll geprüft werden, inwiefern **Dächer**
161 **öffentlicher Gebäude begrünt** und zur Erzeugung von **Solarstrom** genutzt werden können.
162 Hierbei wollen wir eine stärkere Kooperation mit den landeseigenen Berliner Stadtwerken
163 anstreben.

164 Klimagerechtigkeit in Mitte

165 Klimaschutz ist eine Notwendigkeit auch auf bezirklicher Ebene. Mitte steht nicht nur zum
166 Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK), sondern bekennt sich auch zu den Folgen
167 der **Klimanotlage**. Bei jeder Entscheidung des Bezirksamtes müssen die entsprechenden
168 Auswirkungen auf das Klima und die Umwelt berücksichtigt werden (Klimacheck).

169 Das **Heizkraftwerk in Moabit** wird immer noch zu großen Teilen mit Steinkohle befeuert! Hier
170 wollen wir uns für eine Stilllegung oder Umrüstung auf Biomasse in der kommenden
171 Wahlperiode einsetzen.

172 **Klimagerechtigkeit** bedeutet auch soziale Gerechtigkeit! Um die Auswirkungen für die
173 Bewohner*innen von Mitte einzudämmen, muss das Klimaschutzmonitoring im Bezirk
174 intensiviert werden. Eine wissenschaftlich fundierte Einschätzung des Zusammenhangs
175 zwischen den Folgen des Klimawandels und der Verschärfung sozialer Ungleichheit im Bezirk
176 soll in Auftrag gegeben werden. Anhand der Ergebnisse der Studie müssen konkrete
177 Maßnahmen zur sozial gerechten Abfederung entwickelt werden.

178

179 Grünflächen - jeder Quadratmeter zählt!

180 Mitte ist mit **Grünflächen** unterversorgt. Daher sind der Schutz und die Pflege von naturnahen
181 Grün- und Freiflächen von großer Bedeutung. Uns liegt besonders der **Erhalt der**
182 **wohnnahen Grünanlagen** sowie von Spielplätzen am Herzen. Grünanlagen haben eine
183 wichtige Erholungsfunktion – vor allem in unserem Bezirk. Der Ausbruch der Covid-19-
184 Pandemie hat der Berliner Stadtgesellschaft die Notwendigkeit wohnraumnaher öffentlicher
185 Grünflächen deutlich vor Augen geführt. Als konkretes Vorhaben setzen wir uns für eine
186 begrünte Verbindung zwischen dem Volkspark Humboldthain und dem Park am Nordbahnhof
187 ein. Diese soll in Verbindung mit dem dort entstehenden Radschnellweg geschaffen werden.

188 Das existierende „**Parkranger**“-**Programm** kann dabei helfen, Anwohner*innen auf die
189 Bedeutung von bezirklichem Mikroklima- und Umweltschutz aufmerksam zu machen und so
190 gezielt Bildungsarbeit leisten. Ökologische Bildung kann zudem durch **Gemeinschaftsgärten**
191 (Urban gardening) **und Schulgärten** gefördert werden. Projekte wie das „Himmelbeet“ und
192 der „Kinderbunte Bauernhof“ sind daher schützenswert, ihre langfristige Existenz und
193 Entwicklung müssen gesichert werden! Dazu gehören auch Kampagnen, die die Bedeutung
194 städtischer Artenvielfalt herausstellen.

195 Grünflächen sollen aber auch lebendige Orte in den Kiezen sein. Unsere Freiflächen sollen
196 daher ein wichtiger **Ort für Kunst und Kultur** sein. Nicht nur in Zeiten, in denen viele
197 Kulturstätten pandemiebedingt geschlossen sind, brauchen wir viel mehr Flächen für Open-
198 Air-Veranstaltungen unterschiedlichster Formate! Wir setzen uns gegenüber dem Bezirksamt
199 dafür ein, dass in ungenutzten bezirkseigenen Gebäuden sowie auf Grün- und anderen

200 Freiflächen eine Nutzung durch die Nachbarschaft ermöglicht wird, so zum Beispiel beim
201 Parkcafé Rehberge.

202 Neben der sozialen und kulturellen Bedeutung haben innerstädtische Grünflächen auch eine
203 **klimatische Aufgabe**: Sie dienen als Versickerungsflächen für Regenwasser, kühlen in heißen
204 Sommernächten die dicht bebauten Wohnblocks ab und sind Wohn- und Schutzgebiete für
205 Vögel, Insekten und Pflanzen. Kurzum: **Grün- und Freiflächen sind unverzichtbar**. Doch sie
206 sind bedroht, u.a. durch die Folgen des Klimawandels und durch Flächenwegnahme für neue
207 Gebäude und Verkehrswege. Sie brauchen unseren Schutz und deutlich mehr Pflege. Für den
208 Schutz von Grünflächen und Menschen bedarf es auch einer umfassenden Vermeidung von
209 Pestiziden – **Berlin-Mitte bleibt pestizidfrei**.

210 Bezirklicher Klima- und Umweltschutz ist ein **Gerechtigkeitsthema** und darf in keiner Weise
211 Anlass für Verdrängungsprozesse und Mietpreissteigerungen sein. Alle Bewohner*innen des
212 Bezirkes müssen davon profitieren.

213 Den **Stadtbäumen** in Berlin-Mitte geht es schlecht. Sie leiden unter den Rekordtemperaturen,
214 den versiegelten Böden und an Schädlingsbefall. Eine Anpassung an die Klimakatastrophe
215 bedeutet auch, die Sortenauswahl, den Standort und die Pflege besser an die veränderten
216 Bedingungen anzupassen. Zudem braucht es dringend neue Stadtbäume für die Straßen in
217 Berlin-Mitte. Die notwendigen Mittel für Pflanzungen und Pflege wollen wir bereitstellen.

218 Eine Abfallreduzierung im Bezirk ist dringend nötig. Für eine **saubere Stadt** setzen wir auf
219 **Umweltbildung** und Informationskampagnen zu den Themen Mülltrennung und
220 Müllvermeidung. Gemeinsam mit Anwohner*innen und Gewerbetreibenden sollen Konzepte
221 für die jeweiligen Kieze entwickelt und entsprechende Veranstaltungen durchgeführt werden.
222 Das Bezirksamt muss hierzu besser befähigt werden.

223 Darüber hinaus soll eine **Begrünung von Fassaden** das städtische Klima verbessern helfen.
224 Diese trägt auch zu einer besseren Isolierung der Gebäude bei, wodurch die Mieter*innen
225 zusätzlich bei den Nebenkosten entlastet würden.

226

227 Verkehr sicher, rücksichtsvoll und umweltfreundlich gestalten

228 Öffentlicher Raum ist begrenzt, auch für den Straßenverkehr. Immer mehr Wege in Mitte
229 werden zu Fuß oder mit dem Rad zurückgelegt. Deshalb wollen wir den Platz auf den Straßen
230 zu Lasten des motorisierten Individualverkehrs umverteilen: Wir werden uns für den Ausbau
231 des ÖPNV einsetzen. Genauso brauchen wir mehr Platz für einen sicheren Fuß- und
232 Radverkehr. Und Verkehrssicherheit muss inklusiv sein! Menschen mit Behinderung sollen
233 sich sicher durch unseren Bezirk bewegen können. Notwendig sind deshalb mehr und sichere
234 **barrierefreie Überquerungshilfen** insbesondere vor Kindergärten, Schulen, Einrichtungen für
235 Senior*innen und anderen öffentlichen Einrichtungen sowie weitere Maßnahmen zur
236 Verkehrsberuhigung. Dazu gehören: längere Grünphasen, Verkehrsinseln, Countdown-
237 Ampeln und die konsequente Sanierung von Gehwegen. **Autofreie und verkehrsberuhigte**
238 **Straßen** erhöhen nicht nur die Verkehrssicherheit, sondern auch das Wohlbefinden in den
239 Kiezen. Dort wollen wir außerdem verstärkt auf „**Berliner Kissen**“ (Speedbumps) setzen, die
240 seitlich nur von Zweirädern umfahren werden können. Zudem unterstützt DIE LINKE.

241 Initiativen und Anwohner*innen bei Bestrebungen, Kieze vom Kfz-Durchgangsverkehr zu
242 befreien. Das Bezirksamt soll bei der Gestaltung und Errichtung sogenannter „Kiezblocks“
243 angrenzende Quartiere berücksichtigen und einbeziehen.

244 Wir werden uns darüber hinaus für den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs im
245 Land Berlin und für eine S-Bahn aus einer Hand einsetzen. Dieser Ausbau muss ökologisch,
246 sozial und den Bedürfnissen der Menschen in unserem Bezirk und Berlins entsprechend
247 vorangetrieben werden.

248 Wir werden gemeinsam mit anderen Bezirken ein verbindliches Verfahren zur Ermöglichung
249 von **temporären Spielstraßen** entwickeln. Sie sollen regelmäßig in dafür geeigneten Straßen
250 unseres Bezirks eingerichtet werden, um Platz zum Spielen für Kinder und für
251 nachbarschaftliche Begegnungen zu bieten.

252 Bestandteil der Verkehrswende müssen auch **neue Fortbewegungsmittel** sein. Dies setzt
253 jedoch voraus, dass beispielsweise Leih- oder Sharingangebote nicht wild im öffentlichen
254 Raum wuchern, sondern geordnet an Plätzen angeboten werden, wo sie die Bürger*innen
255 benötigen. Auch befreien innovative Produkte nicht von der Pflicht, gute Arbeit zu
256 garantieren.

257 Berlin insgesamt wird immer mehr zu einer **Fahrradstadt**. Vielerorts weichen Radfahrende
258 mangels Alternativen auf Fußwege aus, was wiederum zu Nutzungskonflikten führt. Auch
259 deshalb brauchen wir in Mitte unter Einhaltung des **Berliner Mobilitätsgesetzes** deutlich mehr
260 und vor allem sichere Fahrradstreifen. Derzeit sind viele gut ausgebaute Fahrradstrecken (zum
261 Beispiel Linienstraße) in der Hauptverkehrszeit überlastet. Darum wollen wir **Radwege in der**
262 **Fläche** entwickeln, besonders aber auf den großen Tangenten. Daneben sollen verbesserte
263 Verkehrsleitsysteme (separate Ampelschaltungen für Radwege) für Radfahrende die
264 Sicherheit erhöhen und Unfälle vermeidbar machen. Ausdrücklich erwähnen wir dabei die
265 Müllerstraße als einen Unfallschwerpunkt, den es unbedingt zu beseitigen gilt.

266 Darüber hinaus braucht es vor allem im Innenstadtbezirk Mitte mehr Abstellmöglichkeiten für
267 Fahrräder. Dazu gehören großräumige Abstellanlagen an Bahnhöfen und explizit der Bau eines
268 Fahrradparkhauses am Hauptbahnhof. Ebenfalls sollen in den Kiezen vermehrt kostenlose
269 **Fahrradparkplätze** etabliert werden, indem der vorhandene Parkraum für Kfz neu strukturiert
270 wird. Hierbei wollen wir die Anwohnenden und dort Arbeitenden stärker einbeziehen und ihre
271 Meinung einfließen lassen. Wir fordern die **Umstrukturierung des öffentlichen Parkraums!**
272 Dazu gehört auch, dass die Parkraumbewirtschaftung zwingend ausgeweitet wird,
273 Lieferverkehr möglich bleibt und das Anwohner*innenparken gestärkt wird.

274

275 **3. Lernen in Mitte**

276 **Mitte als kinder- und familienfreundlicher Bezirk**

277 Wir wollen, dass sich Kinder, Jugendliche und ihre Familien in unserem Bezirk zu Hause fühlen.
278 Alle Kinder sollen beste Bedingungen für ihre Entwicklung haben, unabhängig vom Geldbeutel
279 und Bildungsstand der Eltern, von Alter, Geschlecht oder Herkunft und unabhängig von einer
280 Behinderung. In unserem Bezirk wachsen 40 % Kinder und Jugendliche in armen Familien auf.

281 Das ist ein Skandal! Wir setzen uns deshalb für eine Stärkung armutsbekämpfender
282 Maßnahmen im Bezirk ein. Hierzu gehören der Ausbau und in Sparjahren der Bestandschutz
283 für alle Angebote der Jugendhilfe, die Vereinfachung des Zugangs zu Leistungen wie dem
284 Bildungs- und Teilhabepaket sowie verstärkte ämterübergreifende Zusammenarbeit und die
285 Förderung der Vernetzung sozialer Träger. Das Modell der Lichtenberger
286 Kinderarmutskonferenz soll hierfür in Mitte als Orientierung dienen. Insbesondere in der Zeit
287 pandemiebedingter Schließungen von Kitas, Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen ist die
288 Benachteiligung junger Menschen noch deutlicher geworden. Das wollen und müssen wir
289 ändern. Jedes Kind, jede und jeder Jugendliche hat das Recht auf eine glückliche Kindheit und
290 Zukunft!

291 Bildung und Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft Gleichaltriger ist dazu der Schlüssel. Mitte
292 ist ein sehr junger Bezirk. Wir werden den **Ausbau von Kitaplätzen** mit höchster Priorität
293 weiterverfolgen und dafür kämpfen, dass er endlich als Aufgabe des gesamten Bezirksamtes
294 behandelt wird. Hierzu gehört auch eine entsprechende Anzahl von Erzieher*innen mit
295 Tariflöhnen, die Ihre Wertschätzung zum Ausdruck bringen. Wir werden die Zusammenarbeit
296 mit freien Trägern und mit dem kommunalen Kita-Eigenbetrieb „City“ intensivieren und dafür
297 sorgen, dass Eltern leichter einen Platz finden. Dazu gehört auch die Förderung von
298 Tagespflegestellen und Kinderläden. Die Suche nach bebaubaren Grundstücken werden wir
299 verstärken und auch den Ankauf geeigneter Liegenschaften prüfen.

300 Kein **Spielplatz**, kein **Bolzplatz** soll ohne Ersatz aufgegeben werden. Im Gegenteil: Wo neue
301 Wohnungen entstehen, sollen auch Spielplätze und -flächen mit Zugang für alle Kinder
302 geschaffen werden. Damit Parks und Grünflächen auch für Spiel, Sport und Bewegung genutzt
303 werden können, ohne dabei Schaden zu nehmen, werden wir gemeinsam verbindliche Regeln
304 aufstellen. Unser Stadtgrün ist uns so wertvoll wie unsere Spielplätze. Wir werden die
305 **Spielplatzentwicklungsplanung** aktualisieren und dafür sorgen, dass die Spielplätze in
306 Ordnung gehalten, barrierefrei umgebaut und regelmäßig erneuert werden. Daran sollen
307 Kinder und Jugendliche selbst mitwirken.

308 Bürger*innenbeteiligung ist für uns nicht an Altersgrenzen gebunden. Wir achten das Recht
309 von Kindern, bei allen stadtentwicklungspolitischen Vorhaben einbezogen zu werden. Dafür
310 werden wir das **Kinder- und Jugendbüro** unseres Bezirks als Anlaufstelle für die Kinder- und
311 Jugendbeteiligung und als Interessenvertretung vor Ort personell in seiner gegenwärtigen
312 Ausstattung sichern und mit einem festen Budget zur flexiblen Verwendung ausstatten. Kinder
313 und Jugendliche sollen auch bei der Planung des **neuen Rathauses** einbezogen werden. Sie
314 und ihre Familien sollen darin dauerhaft Platz und Räume für eigene Aktivitäten finden.

315 Angebote für Kinder und Jugendliche wollen wir grundsätzlich **inklusiv** ausgestalten. Das
316 betrifft die inhaltliche Arbeit ebenso wie barrierefreie Zugänge und Ausstattungen. Inklusion
317 schließt zielgruppenspezifische Angebote, z.B. für **Mädchen, queere oder migrantische**
318 **Gruppen** nicht aus. Dies beinhaltet zwingend eine gezielte geschlechterreflektierte
319 Jungenarbeit, die – in Ermangelung geeigneter Vorbilder – männliche Identitäten jenseits
320 patriarchaler Zuschreibungen fördert. Alle Angebote sollen in einem **Jugendförderplan** des
321 Bezirks verankert und für mehrere Jahre finanziell gesichert werden. Die Mittel, die wir für die
322 allgemein fördernden Angebote der Kinder- und Jugendhilfe gemäß dem Berliner

323 **Jugendförder- und Beteiligungsgesetz** vom Land bekommen, werden wir vollständig
324 zweckentsprechend verwenden und wenn nötig mit bezirklichen Mitteln aufstocken. Alle
325 **Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen** im Bezirk sollen eine **IT-Ausstattung** inklusive
326 Breitbandanschluss bekommen und die Nutzer*innen in der Anwendung geschult werden.
327 Wir werden die Einrichtung einer datenschutzsicheren und kostenfreien Video-Plattform für
328 die Kommunikation der Kinder und Jugendlichen prüfen. Die Jugendfreizeiteinrichtung in der
329 Edinburger Straße werden wir modellhaft sanieren.

330 Eine starke Kinder- und Jugendhilfe braucht starke **Jugendämter**. Die Personalausstattung
331 unseres Jugendamtes wollen wir schrittweise weiter verbessern, besonders für den
332 **Kinderschutz**. Ein **TeilhabeFachdienst** soll Eltern und Kindern mit Beeinträchtigungen Irrwege
333 durch verschiedene Verwaltungen ersparen und die erforderlichen Hilfen bündeln.

334 Wir wollen stärker in die **präventive Arbeit** investieren, damit durch Frühe Hilfen,
335 Beratungsangebote und familienfördernde Maßnahmen schmerzliche Eingriffe zugunsten des
336 **Kindeswohls** vermieden werden können. Wichtig ist für uns auch die Unterstützung und
337 Begleitung junger Volljähriger. Nur weil sie volljährig werden, erlischt in den meisten Fällen
338 nicht der Hilfe- und Unterstützungsbedarf. Dies gilt beispielhaft für **junge Volljährige**, die als
339 minderjährige unbegleitete Geflüchtete zu uns gekommen sind und in unserem Bezirk ein
340 neues Zuhause gefunden haben. Generell werden wir uns darum kümmern, dass Kinder,
341 Jugendliche und ihre Familien, die in **Gemeinschaftsunterkünften** leben, in die
342 Nachbarschaften einbezogen werden.

343 Eine starke Kinder- und Jugendhilfe braucht die gute Zusammenarbeit mit den
344 **gemeinnützigen freien Trägern**. Wir wollen dafür sorgen, dass sie für ihre Arbeit die Mittel
345 erhalten, die sie brauchen, um gute Arbeit leisten zu können und ihre Beschäftigten
346 tarifgerecht zu bezahlen. Dafür stehen wir als LINKE: **tarifgerechte Bezahlung**, unabhängig von
347 der Trägerschaft für alle, die im Auftrag des Bezirks soziale Leistungen erbringen.

348 In unserem Bezirk befinden sich viele Einrichtungen, die für Kinder, Jugendliche und Familien
349 der ganzen Stadt, hier insbesondere **Straßenkinder und Familien mit Kindern ohne Obdach**
350 von großer Bedeutung sind. Auch für diese fühlen wir uns verantwortlich, auch wenn wir
351 formal nicht zuständig sind. Wir werden eine Verdrängung junger Menschen aus dem
352 öffentlichen Raum nicht dulden. Das Platzmanagement am Alexanderplatz werden wir weiter
353 mit fördern und Sorge dafür tragen, dass die Anlaufstelle für junge Menschen am
354 Alexanderplatz (JARA) einen festen Platz erhält. Mit den Trägern der **Straßensozialarbeit**
355 werden wir eng zusammenarbeiten und sie bei der Finanzierung der Angebote, ob mobil oder
356 stationär, unterstützen.

357

358 Familien – in Mitte willkommen

359 Familien finden mit uns als LINKE in Mitte ein gutes und sicheres Zuhause. Familie ist dort, wo
360 Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Wir streben verbindliche
361 Vereinbarungen mit Arbeitsagentur und Jobcenter an, um gemeinsam pro Jahr mindestens
362 100 Familien mit Kindern durch die Vermittlung eines unbefristeten Arbeitsplatzes ein

363 **Familieneinkommen** zu sichern, von dem Familien gut und ohne aufstocken zu müssen leben
364 können.

365 Die bereits bestehenden Angebote für **Familienberatung, Familienbildung und**
366 **Familienerholung** werden wir sichern und die Angebote entsprechend der Bevölkerungs- und
367 Bedarfsentwicklung ausbauen. Besonders Alleinerziehende wollen wir unterstützen und die
368 bezirkliche **Koordinierungsstelle für Alleinerziehende** stärken. Wir streben eine Verstetigung
369 der **Frühen Hilfen** an. Um einen guten Start ins Leben zu unterstützen, werden junge Eltern
370 bei Geburt eines Kindes besucht und beraten. Als Willkommensgruß wollen wir einen
371 „**Familiengutschein**“ einführen. Dieser soll eine Auswahl von Leistungen beinhalten, aus
372 denen Eltern wählen können, zum Beispiel das Angebot einer Babymassage.

373 Um für Familien den Zugang zu „Leistungen aus einer Hand“ zu verbessern, wird das Angebot
374 des **Familienservicebüros** des Jugendamtes ausgebaut. Die Einrichtung eines mobilen
375 Familienbüros, das Eltern lange Wege erspart, ist eine sinnvolle Ergänzung. Die bereits
376 bestehenden Familienzentren als direkte Ansprechstellen für alle Familienfragen werden wir
377 weiterführen und in allen Sozialräumen des Bezirks fest verankern. Wir unterstützen es, wenn
378 Eltern und junge Familien selbstorganisiert Räume für den gegenseitigen Austausch nutzen
379 wollen. Dafür sollen, gegebenenfalls auch mit finanzieller Unterstützung des Bezirksamtes, in
380 allen Sozialräumen entsprechende Gegebenheiten gefunden werden. Im neuen Rathaus sind
381 solche Räume für selbstorganisierte **Familienaktivitäten** einzuplanen. Eltern, die getrennt
382 leben, wollen wir dabei unterstützen, auch bei Trennung und Scheidung gute Eltern sein zu
383 können. Die Umsetzung des **Landesprogramms Stadtteilmütter** werden wir in unserem Bezirk
384 fördern und dafür nutzen, um besonders Familien mit Migrationshintergrund besser zu
385 erreichen und in die Aktivitäten des Gemeinwesens einzubeziehen. Keine Familie soll im
386 Abseits stehen.

387 Lern- und Lebensort Schule

388 Chancengleichheit beim Zugang zu und Erwerb von Bildung – das hat in unserem Bezirk mit
389 seiner Vielfalt aber auch angesichts der sozialen Gegensätze ganz besondere Bedeutung. Die
390 Verantwortung für die Schulen ist in Berlin geteilt: Der Bezirk ist für die schulische Infrastruktur
391 zuständig, das Land für all das, was in der Schule passiert. Doch eines kann ohne das andere
392 nicht funktionieren.

393 Als LINKE setzen wir uns dafür ein, dass jedes Kind in Mitte einen guten Schulplatz findet. Dafür
394 werden wir den bezirklichen **Schulentwicklungsplan** jährlich fortschreiben. Besonders die
395 Jüngsten brauchen ihren Schulplatz wohnortnah, dafür trägt der Bezirk besondere
396 Verantwortung. Um die Platznot und Überbelegung in Mittes Schulen zu überwinden und die
397 weiter wachsende Schüler*innenzahl gut zu bewältigen, müssen wir schneller neu **bauen,**
398 **sanieren und modernisieren**. Wir wollen nicht nur über **Inklusion** reden, sondern auch Kinder
399 mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Regelschulen gut versorgen. Ergänzende Angebote
400 sind für Kinder mit weitreichenden Beeinträchtigungen dennoch sinnvoll, wofür zum Beispiel
401 das **Sonderpädagogische Förderzentrum Charlotte Pfeffer (Berolinastraße)** steht und dessen
402 Fertigstellung eine Versorgungslücke schließt. Wir setzen uns dafür ein, an diesem Standort
403 auch eine inklusive Kita einzurichten.

404 Die **Grundschulneubauprojekte in der Adalbertstraße und in der Reinickendorfer Straße** sind
405 beispielhaft, weil an beiden Standorten bereits bestehende Nutzungen einbezogen werden.
406 So können die knappen Flächen im Bezirk besser genutzt werden. Auch die anderen
407 Neubauvorhaben werden wir durch enges Zusammenspiel aller Beteiligten im Bezirk und auf
408 Landesebene voranbringen. Gleiches gilt für die langfristige Reaktivierung der Schulnutzung
409 am Standort des **ehemaligen Diesterweg-Gymnasiums (Putbusser Straße)**.

410 Die Sanierung bestehender Schulstandorte wird durch uns intensiviert, um Schulplätze zu
411 erhalten und bessere Bedingungen für den Schulbetrieb zu schaffen, sei es durch die
412 Sanierung von **Schultoiletten**, den **Mensaausbau** oder die Schaffung der Voraussetzungen für
413 den **IT-Anschluss** bzw. die IT-Nutzung an den Schulen. Wir wollen dafür sorgen, dass in Mitte
414 keine Schulen mehr vor sich hin schimmeln.

415 Es ist eine besondere Herausforderung für alle Beteiligten, wenn Baumaßnahmen bei
416 laufendem Schulbetrieb stattfinden müssen. Hier wollen wir die Bildung schulischer
417 **Bauausschüsse** an den jeweiligen Schulen befördern, um die Kommunikation mit den
418 Schulleitungen zu verbessern. Die Umsetzung der Entscheidungen der Beteiligungsgremien
419 bei der Entwicklung eines **Bildungscampus Bernauer Straße** unterstützen wir.

420 Zur Verbesserung der Ausstattung der Schulen unseres Bezirks mit **Schulhausmeister*innen**
421 werden wir uns auf Landesebene dafür einsetzen, dass ein Personalstandard formuliert und
422 finanziert wird, der für alle öffentlichen Schulen gilt, unabhängig davon, ob sie in bezirklicher
423 Trägerschaft sind oder auf Landesebene.

424 Mittes Schulen sollen gesunde Schulen sein. Dazu gehört ein **Schulmittagessen**, das schmeckt
425 und nahrhaft ist. Die Programme „**Gute gesunde Schule**“ bzw. „Gute gesunde Kita“ werden
426 wir weiter unterstützen. Der Mensaausbau hat auf unserer Schulbauliste hohe Priorität.
427 Außerunterrichtliche Angebote zur **Ernährungsbildung** und -beratung an den Schulen sollen
428 gefördert werden. Die **Kooperationen** zwischen Schulen und Sportvereinen werden wir
429 ebenfalls unterstützen und den schulischen **Schwimmunterricht** gemeinsam mit den Berliner
430 Bäder-Betrieben sicherstellen. Dazu soll die ganzjährige Nutzung des Außenbeckens der
431 Schwimmhalle in der Seestraße bis auf Weiteres erhalten werden.

432 Von hoher Bedeutung für die Gesundheit der Schüler*innen und Lehrkräfte sind **saubere**
433 **Schulen**, gerade auch unter Pandemiebedingungen, da sie wesentlich zur Minderung der
434 Infektionsgefahr beitragen. Wir wollen die **Rekommunalisierung der Schulsreinigung!** Die
435 Beschäftigten sollen nicht länger bei Fremdfirmen angestellt sind, sondern im öffentlichen
436 Dienst, damit sie tarifgerecht entlohnt werden. Wir fordern dafür eine berlinweite Regelung.

437 Bildung findet nicht nur im Unterricht und in der Schule statt. Deshalb haben die Sicherung
438 und Weiterentwicklung **außerschulischer Bildungsorte** besonderes Gewicht. Träger sollen wo
439 möglich und sinnvoll Zugang zu Schulgebäuden haben, um ihr Angebot den Schüler*innen in
440 gewohnter Umgebung anbieten zu können. Für die Stärkung der Mobilitätsbildung und
441 Verkehrserziehung sollen die drei **Jugendverkehrsschulen** des Bezirks auch künftig zur
442 Verfügung stehen. Der Standort in Alt-Mitte soll schnellstmöglich reaktiviert bzw. ein
443 Ersatzstandort im Umfeld gefunden werden. Modellhaft wollen wir das Projekt eines
444 „**Schulischen Mobilitätsmanagements**“ durchführen, um die **Schulwegsicherheit** im Bezirk zu

445 fördern. Besondere Bedeutung hat für uns auch die Sicherung und Entwicklung der Angebote
446 des **Schul-Umwelt-Zentrums** an allen drei Standorten. Um kultureller Vielfalt früh ausreichend
447 Raum und Zeit zu geben, wollen wir auch Angebote der **kulturellen Bildung** ausbauen, zum
448 Beispiel im Rahmen von **Bildungsverbänden**.

449 Wir werden alle schulischen Aktivitäten unterstützen, die die **Demokratiebildung** fördern und
450 politische **Bildungsarbeit gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung** jedweder
451 Art zum Ziel haben. Mehr Kinder- und Jugendbeteiligung an der Schule soll beispielhaft auch
452 künftig durch das Projekt „**Schüler*innenhaushalt**“ erreicht werden. Dieses Projekt wollen wir
453 fortführen und so ausstatten, dass noch mehr Schulen einbezogen werden können.

454 Die **Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe** hat sich in unserem Bezirk seit vielen Jahren
455 gut bewährt. Wir werden diese fortführen und neue Akzente setzen, insbesondere bei der
456 Gewährleistung des Kinderschutzes und bei der inklusiven Förderung von Schüler*innen mit
457 sonderpädagogischem Förderbedarf.

458 Besonderer Schwerpunkt der Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe ist für uns ein
459 reibungsloser Übergang von der Kita in die Schule bzw. von der Schule in Ausbildung und
460 Beruf. Jedes Kind, bei dem vor Schuleintritt ein besonderer Sprachförderbedarf festgestellt
461 wird, soll einen Kitaplatz oder ein vergleichbares **Sprachförderangebot** in Kooperation mit
462 einer Kita erhalten. Beim Übergang von der Schule in **Ausbildung und Beruf** wollen wir
463 sicherstellen, dass kein junger Mensch die Schule ohne individuelles Angebot verlässt. Die
464 Einbindung der Eltern ist hierbei unerlässlich. Es sollen Informationen über
465 Ausbildungsangebote auch für sie bereitgestellt und die Einbindung bei der
466 Berufsorientierung ihrer Kinder ermöglicht werden. Dazu streben wir eine Zielvereinbarung
467 mit der **Jugendberufsagentur** und Betrieben und Gewerbetreibenden aus unserem Bezirk an.

468 Weiterbildung & Kultur

469 Der Bezirk Mitte ist ein Ort des Lernens und der Kultur. Er wird nicht nur von den Einrichtungen
470 der Hochkultur geprägt, sondern gleichermaßen von vielen unabhängigen **Künstler*innen**
471 **und Kulturschaffenden**, die unseren Bezirk bereichern. Dieser lebenswerte Bezirk besitzt viele
472 unterschiedliche Angebote an Kunst und Kultur sowie an Bildungseinrichtungen wie
473 **Bibliotheken, Volkshochschulen und Musikschulen**. Diese Vielfalt wollen wir durch die
474 konkrete Unterstützung, etwa durch das Förderprogramm „Draußenstadt“, erhalten und uns
475 für eine konsequente Umsetzung in Mitte einsetzen .

476 **Bibliotheken** sind nicht nur Orte beruflicher und schulischer Bildung, sondern ebenso der
477 Lebens- und Freizeitgestaltung und Unterhaltung. Die Nachfrage nach solchen Angeboten an
478 „Dritten Orten“, d.h. neben dem Zuhause und dem Schul-/Arbeitsort, steigt stetig, gerade
479 auch während der Pandemie. Um noch mehr Menschen erreichen zu können, wollen wir die
480 **Digitalisierung** vorantreiben und eine **barrierefreie Infrastruktur** der bezirklichen
481 Kultureinrichtungen schaffen. Das Berliner Konzept für die Öffentlichen Bibliotheken
482 („Rahmenkonzept für die Bibliotheksentwicklungsplanung Berlin“) muss weiterentwickelt
483 werden. Die Bibliotheken wollen wir personell besser ausstatten. Mehrsprachige Kurs- und
484 Unterrichtsangebote der **Volkshochschulen** sollen ausgebaut und für alle Interessierten
485 zugänglich sein. Das wollen wir auch in den kommenden Bezirkshaushalten mit
486 entsprechenden Mitteln untersetzen.

487 Die Digitalisierung der bezirklichen Kulturlandschaft setzt die Teilnahme aller
488 Bevölkerungsgruppen zwingend voraus. Im Besonderen älteren Bürger*innen wollen wir
489 durch die Stärkung digitaler Weiterbildungsangebote auf diesem Weg zur Seite stehen.

490 Die Kooperation mit den Kitas und Schulen für die **musische Bildung** soll vertieft werden.
491 Dafür ist eine ausreichende Finanzierung, etwa für Instrumente und Weiterbildungen des
492 Fachpersonals, unerlässlich. Die staatliche Musikschule in Mitte ist besonders zu fördern. Es
493 wird Zeit, dass die Musikschullehrer*innen aus ihren prekären Anstellungsverhältnissen
494 geholt werden.

495 Die im Bezirk Mitte existierende **Vielfalt der Kulturen** soll sich auch in seinen
496 **Städtepartnerschaften** widerspiegeln, die für die Bürger*innen sicht- und erlebbar
497 ausgestaltet werden müssen.

498 In unserem Bezirk befinden sich unzählige **Clubs**, die für das Kulturleben unverzichtbar sind.
499 In schwierigen Zeiten wie diesen, fordern wir ein gemeinsames Hilfsprogramm von Bezirk und
500 Senat, indem auch eine temporäre Nutzung von Freiflächen enthalten sein muss, damit die
501 Club- und Open-Air-Szene als eines der Wahrzeichen unseres Bezirkes nicht um ihre Existenz
502 bangen müssen.

503 Kunst und Kultur in ihrer Vielfalt prägen unseren Bezirk. Wir wollen die kommunalen Galerien
504 und bezahlbare Atelierräume erhalten und neue schaffen. Dafür ist eine deutlich engere
505 Zusammenarbeit des Bezirks mit dem Atelierbeauftragten des Landes Berlin notwendig.
506 Darüber hinaus wollen wir Möglichkeiten schaffen, Kunst und Kultur verstärkt im öffentlichen
507 Raum sichtbar zu machen. Deshalb setzen wir uns für die Sicherung und Entwicklung des
508 Kulturstandortes im Monbijoupark ein!

509 Mitte ist auch ein Ort mit zahlreichen historischen Bezügen, an denen eine zeitgemäße, die
510 Stadtgesellschaft einbeziehende Aufarbeitung der Geschichte betrieben werden muss. Dank
511 des Berliner Programms „**Dekoloniale Erinnerungskultur in der Stadt**“ finden gerade in
512 unserem Bezirk zahlreiche Projekte zur Kolonialgeschichte mit oft auch kontroversen
513 Diskussionen dazu statt. Wir unterstützen grundsätzlich die Umbenennung von Straßen, mit
514 denen Personen geehrt werden, die mit Deutschland als ehemaliger Kolonialmacht verbunden
515 sind. Dabei ist es aber unerlässlich, mit den **Bürger*innen**, den **zivilgesellschaftlichen**
516 **Organisationen** wie Decolonize Berlin e. V., aber auch mit dem Land zusammenzuarbeiten
517 und jeden Fall gründlich zu prüfen. Die bezirklichen Einrichtungen wie das Mitte Museum
518 werden wir bei dieser Aufgabe unterstützen. Grundsätzlich halten wir am Beschluss der BVV
519 fest, bei Straßenumbenennungen Frauen vorrangig zu berücksichtigen.

520

521 **4. Gemeinsam in Mitte**

522 **Wirtschaft & Arbeit**

523 Infolge der Corona-Pandemie ist die Schere zwischen Arm und Reich auch in Mitte noch größer
524 geworden. Schon jetzt sind viele Arbeitsplätze verloren gegangen und weitere werden wohl
525 folgen. Solo-Selbständige und kleine Betriebe mussten bzw. müssen aufgeben. Trotz

526 finanzieller Hilfen auf Landes- und Bundesebene sind **steigende Arbeitslosigkeit und Armut**
527 die Folge.

528 Im Bereich der **Wirtschaftsförderung** wollen wir deshalb die Angebote des Jobcenters und des
529 Landes zur **Eingliederung von Langzeitarbeitslosen** und die Möglichkeiten zur **Weiterbildung**
530 **für Beschäftigte und Arbeitslose** erhalten und ausbauen. Mit uns wird die „**Berliner**
531 **Mischung**“ von Wohnen, Arbeiten und sozialer Infrastruktur im Nahbereich erhalten und
532 ausgebaut werden. Dazu gehören **mehr Gewerberäume**, die für kleine Betriebe und
533 Selbständige bezahlbar sind sowie ein regelmäßiger Dialog des Bezirksamtes mit
534 Unternehmen, Unternehmensnetzwerken, Handwerker*innen etc. über gute Arbeit, gute
535 Ausbildung und faire Arbeitsbedingungen. Ebenso stehen wir für den **Schutz bestehender**
536 **Räume** für Künstler*innen in unserem Bezirk. Genauso setzen wir uns für den Erhalt unserer
537 Kiezkeipen und Spätis als Teil einer lebendigen Stadtkultur ein.

538 Innerhalb der Wirtschaftsförderung wollen wir uns darauf konzentrieren, Betriebe zu fördern,
539 die **fair und nachhaltig wirtschaften**. Gegen Schwarzarbeit, Lohndumping und Niedriglöhne
540 wollen wir energisch vorgehen. Menschen aus anderen EU-Staaten und anderen Teilen der
541 Welt, die hier leben und arbeiten, brauchen, genauso wie alle Anderen, bezahlbaren
542 Wohnraum und Schutz vor Ausbeutung. Wir werden uns entschieden **gegen die**
543 **Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund auf dem Ausbildungs- und**
544 **Arbeitsmarkt** einsetzen.

545 Junge Menschen, die die Schulen verlassen, brauchen eine bessere Zukunftsperspektive.
546 Private Unternehmen und der öffentliche Dienst sind gemeinsam in der Verantwortung, ihnen
547 ausreichend duale Ausbildungsplätze anzubieten. Wir wollen, dass auch das Bezirksamt mehr
548 **duale Ausbildungsplätze für Schulabgänger*innen** anbietet, gemeinsam mit der
549 Jugendberufsagentur den **Übergang von der Schule in die betriebliche Ausbildung** verbessert
550 und so seiner Verantwortung für die junge Generation in unserem Bezirk besser gerecht wird.

551 Soziales & Gesundheit: Mehr öffentliche Angebote für ein gutes 552 Leben in Mitte

553 Wer mit einem niedrigen Einkommen auskommen muss, kann sich keine teuren
554 Freizeitangebote leisten und hat häufig sogar eine kürzere Lebenserwartung. Deshalb wollen
555 wir die **öffentlichen Angebote** in unserem Bezirk ausbauen, d.h. deutlich mehr
556 Freizeiteinrichtungen für **Alte und Junge** und Angebote **gegen Einsamkeit**. DIE LINKE. steht im
557 Bezirk an der Seite von **Hartz-IV-Bezieher*innen**. Wir wollen die Sichtbarkeit öffentlicher
558 Beratungsangebote stärken und werden sie weiterhin durch parteieigene Hartz-IV-
559 Beratungen ergänzen. Angebote der Schuldner*innenberatung gehören ausgebaut, auch und
560 gerade im Bereich der präventiven Beratung.

561 Ein besonderer Fokus des Bezirks soll auf dem Schutz von Frauen* vor Ausbeutung und
562 patriarchaler Gewalt liegen. Wir brauchen daher mehr **Frauenhäuser** und die konsequente
563 Umsetzung der Istanbul Konvention gegen Gewalt an Frauen. Ebenso brauchen die
564 **Beratungsstellen für Sexarbeiter*innen** mehr Geld, mehr Räume, mehr Personal.

565 Im Bezirk Mitte leben zahlreiche Geflüchtete, darunter viele Familien mit Kindern, in
566 Pensionen/Hostels und Obdachloseneinrichtungen. Höchste Priorität hat für uns die

567 **Vermittlung von Geflüchteten in Wohnungen.** Wir wissen aber auch um die schwierige
568 Wohnungsmarktsituation und setzen uns für die Ausweitung der bezirklichen
569 Mindeststandards für vertragsfreie Geflüchteten- und Obdachlosenunterbringungen ein. Die
570 Entwicklung eines verbindlichen Konzepts für die Zusammenarbeit zwischen Bezirksamt und
571 Betreiber*innen entsprechender Einrichtungen muss Teil dieser Anstrengungen sein. Die
572 Bewohner*innen der Unterkünfte, insbesondere Kinder, Alleinerziehende und Menschen mit
573 besonderem Schutzbedarf, sollen **Anschluss an die sozialen Angebote** (z.B. Jugendfreizeit-
574 /Familienzentren, Beratungsstellen etc.) im Kiez haben. Spezielle Angebote für Geflüchtete
575 müssen ausgeweitet werden.

576 Dass Menschen gezwungen sind, ihr Leben ohne Wohnstätte zu fristen, gehört zu den
577 schlimmsten Übeln der kapitalistischen Gesellschaft. Wir kämpfen dafür, dieses Übel zu
578 beseitigen und das Los der obdach- und wohnungslosen Menschen zu erleichtern. Auch ihnen
579 steht der öffentliche Raum zu, indem sie sich sicher bewegen und aufhalten können müssen.
580 Auch auf Parkbänken muss man schlafen dürfen! In Mitte brauchen wir mehr kostenlose
581 öffentliche Toiletten und Trinkwasserspender. Außerdem unterstützen wir die „**Housing**
582 **First**“-Projekte des Landes und wollen helfen, Wohnraum im Bezirk zu finden. Der Zugang zu
583 **sozialen Hilfsangeboten** soll erleichtert werden und wir setzen uns für die auskömmliche
584 Finanzierung von Trägern sowie die Stärkung von Selbstorganisationen ein. Die **Tagesstätten**
585 für wohnungslose und obdachlose Menschen wollen wir ebenso ausbauen wie die
586 **aufsuchende Sozialarbeit** für die Betroffenen. Wir brauchen dringend ganzjährig geöffnete
587 Unterkünfte für Obdachlose.

588 Die gesundheitliche und psychosoziale Betreuung von **Menschen mit Sucht- und**
589 **Begleiterkrankungen** muss in unserem Bezirk gewährleistet werden. Alkohol und Tabak sind
590 die am weitesten verbreiteten Drogen und die Folgen des Konsums gehören zu den führenden
591 Todesursachen. Auch der Konsum von illegalisierten Drogen nimmt zu. Wir wollen mehr
592 **wissenschaftsbasierte Aufklärung über Drogenkonsum** – und das schon an den Schulen.
593 Risiken für Konsument*innen und Folgen für das Umfeld soll durch die Verstärkung
594 niedrigschwelliger Programme, wie Drogenkonsumräume, Diamorphinambulanzen,
595 Spritzenautomaten und -Mülleimer entgegengewirkt werden („**harm-reduction**“). So werden
596 besonders belastete Menschen vor weiteren Krankheiten geschützt. Ein **suchtpolitischer**
597 **Fachkreis** unter Einbeziehung Betroffener, bezirklicher Stellen und Polizeidirektionen soll
598 eingerichtet werden. Dabei sollen die psychosoziale Versorgung und Traumaverarbeitung im
599 Fokus stehen.

600 Corona hat deutlich gemacht, wie wichtig ein **funktionierendes Gesundheitssystem ist**. Das
601 Gesundheitswesen ist öffentliche Daseinsfürsorge. Dazu gehören rekommunalisierte Kliniken,
602 die nicht dem Streben nach Maximalprofit unterliegen dürfen sowie gut ausgestattete
603 Gesundheitsämter, die auch in Notlagen nicht auf den Einsatz der Bundeswehr angewiesen
604 sind. Wir wollen mehr und besser bezahltes **Personal im Gesundheitsamt**, insbesondere in
605 den Bereichen Kinder- und Jugendgesundheit, aufsuchende Beratung bei Geburten und **Frühe**
606 **Hilfen**. Die jährlichen **Einschulungsuntersuchungen** müssen in Zukunft, ebenso wie andere
607 Regelleistungen des Gesundheitsamtes, auch im Pandemiefall stattfinden. Die
608 **Pandemieplanung** des Bezirks ist jährlich zu aktualisieren, für ausreichende Vorräte gegen
609 Pandemierisiken muss vorgesorgt werden. Wir wollen die regelmäßige

610 Gesundheitsberichterstattung ausbauen und eine **wohnortnahe Gesundheitsversorgung** für
611 alle gewährleisten: für Menschen mit wenig Geld, für ältere Bürger*innen und für Menschen
612 mit Behinderungen, die weniger mobil sind. Dazu gehören für uns sowohl kostenlose
613 Angebote der Grundversorgung in den Gesundheitsämtern als auch die kontinuierliche und
614 verlässliche **Förderung aller Beratungsstellen und psychosozialer Betreuungsangebote**.

615 Sport

616 Berlin-Mitte benötigt mehr Sportstätten. Darum wollen wir zum einen alle vorhandenen
617 Sportstätten im Bezirk erhalten und zum anderen die 2020 entworfene
618 **Sportentwicklungsplanung**, die weitere Sportstätten vorsieht, zügig umsetzen. Die
619 Schulbauoffensive ist dabei eine Chance, weil auch **Sporthallen** errichtet werden. Alle neu zu
620 bauenden Sporthallen sollen mehrstöckig geplant und gebaut werden.

621 Die Zusammenarbeit zwischen **Schulen und Sportvereinen** soll gefördert werden, sodass
622 Schulen mehr Sportangebote haben und Vereine mehr Mitglieder gewinnen können. Die
623 **Sportlerehrung** im Bezirk soll beibehalten werden, um Wertschätzung gegenüber den
624 Ehrenamtlichen in den Sportvereinen auszudrücken. Wir wollen Methoden und Projekte
625 entwickeln, um bisher zu wenig berücksichtigte Gruppen, wie **Frauen und Migrant*innen, in**
626 **die Vereine zu bringen**. Die Sportstätten sollen wieder verstärkt unter die Kontrolle des
627 Bezirkes gebracht werden, indem genügend **Sportwart*innen** eingestellt werden und damit
628 Schlüsselverträge mit Vereinen nicht mehr notwendig sind. Die **Vergabe von Sportflächen** soll
629 transparenter und einfacher zugänglich gestaltet werden. Das Pilotprojekt des Senates zur
630 Vergabe von Sportflächen soll auf den Bezirk Mitte ausgeweitet werden. Bei dem Neubau von
631 Wohnungen sollen generell Angebote für Sport und Bewegung mitgeschaffen werden, z.B.
632 durch die Errichtung von sportgerechten Räumen im Erdgeschoss.

633 Um mehr **Angebote zum Schwimmen** in der kalten Jahreszeit bereitstellen zu können, wollen
634 wir die Überdachung von Freibädern vorantreiben. Dem Flussbad-Projekt an der
635 Museumsinsel stehen wir offen gegenüber. In öffentlichen Grünflächen wollen wir mehr
636 Sportgerätelandschaften errichten. Es soll eine Analyse und Ausweisung von neuen
637 **Laufwegen in Parks und im öffentlichen Straßenland** geben. Diese sollen beleuchtet sein, um
638 die Sicherheit der Sportler*innen zu gewährleisten. Auch sollen Angebote wie „Sport im Park“
639 weiter gefördert werden. Wir wollen ermöglichen, dass mehr **vereinsungebundener Sport** in
640 öffentlichen Sportanlagen stattfinden kann. Die **multifunktionale Nutzung** (Schulsport,
641 Vereinssport, Erholung und Kultur) von Sportstätten, wie z.B. beim Freibad Plötzensee, wollen
642 wir ausbauen und fördern.

643

644 Finanzen

645 Die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie lassen sich schwer abschätzen.
646 Einnahmen der Bundes- und Landesebene gehen zurück, Ausgaben zur Unterstützung der
647 Betroffenen steigen. Wir werden darum kämpfen, dass die **finanziellen Probleme nicht auf**
648 **Kosten der Bezirke** und damit der hier Lebenden gelöst werden. Ein „Kaputtsparen“ der
649 Bezirke, weder im Bereich des Personals noch bei den bezirklichen Leistungen und Angeboten,
650 darf es nie wieder geben.

651 Wir müssen als Bezirk wirtschaftlich die richtigen Prioritäten setzen. Das heißt, **Leistungen zur**
652 **Abfederung pandemiebedingter Belastungen** der Bürger*innen verstärken und Hilfen für
653 besonders Betroffene unbürokratisch und ämterübergreifend bereitstellen. Wir wollen und
654 müssen künftig stärker investieren, in mehr und bessere Kitas und Schulen, saubere und
655 sichere Straßen und Wege, Parks und Grünflächen. **Investitions-, Sanierungs- und**
656 **Modernisierungsvorhaben** sind wichtig, um wirtschaftliche Impulse zu geben und
657 Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Voraussetzung dafür sind stabile,
658 **auskömmliche Zuweisungen** des Landes an die Bezirke.

659 Für Aufgaben, die das Land den Bezirken überträgt, müssen auch Mittel und Personal
660 bereitgestellt werden, die dafür notwendig sind. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die
661 finanzielle Ausstattung der Bezirke stärker am Bedarf und weniger an der **Kosten- und**
662 **Leistungsrechnung** orientiert.

663 Verwaltung

664 Die bezirkliche Verwaltung muss ihre Aufgaben erfüllen können. Das ist kein Luxus, sondern
665 ein Grundanspruch für alle hier Lebenden und Voraussetzung für einen funktionierenden
666 Bezirk. Dafür müssen alle Fachämter die personell und räumlich notwendigen Ressourcen
667 erhalten. Neben **guten Arbeitsbedingungen** für die Beschäftigten setzen wir uns für die
668 **Schaffung und Anmietung weiterer Büroflächen**, gerade in Bereichen mit intensivem Kontakt
669 zu Bürger*innen, ein. Hier wollen wir gegenüber der Landesebene auf schnelle und
670 unbürokratische Lösungen drängen. Die **Digitalisierung** wollen wir weiter vorantreiben. Das
671 betrifft vor allem die Ausstattung der Beschäftigten mit entsprechender Technik. Home-Office
672 taugliche Laptops und die dazu nötigen VPN-Zugänge sind nicht nur in Pandemiezeiten von
673 Vorteil, sondern erlauben den Beschäftigten eine **flexible Arbeitszeitgestaltung**. Der Bezirk
674 Mitte soll dabei auch an möglichen Pilotprojekten für Co-Working-Space-Arbeitsplätze
675 partizipieren.

676 Wir wollen, dass der Bezirk Mitte mittelfristig zum Vorreiter bei der Digitalisierung von
677 Verwaltungsdienstleistungen wird. **Online-Anträge** und IP-Videotelefonie als **zeitgemäße**
678 **Bürger*innenberatungsformen** sollen bald zum Alltag in der Kommunikation zwischen
679 Bürger*innen und Verwaltung gehören. Grundsätzlich sind alle Leistungsangebote und
680 Gebäude **barrierefrei** zu gestalten. Es darf nicht sein, dass beispielsweise Menschen mit
681 Rollstuhl nicht in öffentliche Gebäude kommen, keine Toiletten finden oder sich mit Seh- oder
682 Hörbehinderung nicht zurechtfinden in unseren Ämtern.

683 In unserem Bezirk leben Menschen aus fast 100 Nationen. Diese **Vielfalt** muss sich auch
684 personell in der Verwaltung widerspiegeln. Hier steht der Bezirk in der Verantwortung, die
685 berufliche Förderung benachteiligter Gruppen zu verstärken und Eingangshürden zu
686 beseitigen, so dass dieses Ziel für die Bürger*innen erreich- und erfahrbar wird. Dies ist auf
687 allen Ebenen darzustellen. Explizit in den Führungsebenen müssen mehr Migrant*innen durch
688 z.B. Qualifizierungsmaßnahmen integriert werden. Bei gleicher Eignung sind Migrant*innen
689 zu bevorzugen, bis sie gemäß ihrem Anteil an der Bevölkerung auch in der Verwaltung
690 vertreten sind. Darüber hinaus wollen wir als Modellbezirk für die **Senatsinitiative „Berlin**
691 **braucht dich“** noch mehr als bisher junge Menschen nach Schulabschluss in die Verwaltung
692 holen. Vollständige Teilhabe ist in Deutschland immer noch an die Staatsbürgerschaft

693 gebunden: Ein Drittel der Menschen, die in unserem Bezirk leben und arbeiten, haben bis
694 heute kein Wahlrecht, und deshalb wollen wir noch mehr Menschen die Möglichkeit zur
695 Einbürgerung geben.

696 Verwaltung muss Vorbild sein, auch in der Umweltfrage. Deshalb müssen durch gezielte Aus-
697 und Weiterbildung das Umweltbewusstsein in der Verwaltung geschult und die
698 Mitarbeitenden zu ressourcensparendem Handeln und klimaschonenden Entscheidungen
699 befähigt werden.

700 Ein Großprojekt in unserem Bezirk ist die Umgestaltung des ehemaligen Hauses der Statistik
701 gegenüber dem Alexanderplatz. Dort entsteht Raum für Kunst, Kultur, Soziales und Bildung,
702 bezahlbares Wohnen sowie ein neues Rathaus für Mitte. Wir wollen dort ein **Rathaus der**
703 **Zukunft** – bürger*innennah, demokratisch, barrierefrei, funktionsfähig für die Aufgaben
704 dieses Jahrhunderts und klimaneutral in Holzbauweise errichtet und ausgestattet – die
705 Visitenkarte unseres Bezirks.

706 Das Bezirksamt mit seinen nachgeordneten Einrichtungen als die unterste Stufe der
707 Verwaltung ist der erste Ansprechpartner für die hier Lebenden. Hier werden die
708 Entscheidungen gefällt, die ihr unmittelbares Umfeld betreffen. Um die Aufgaben
709 zufriedenstellend zu erfüllen, muss der Bezirk durch die Landesebene finanziell stabil und
710 auskömmlich ausgestattet werden. Die finanziellen Zuweisungen müssen eine **politische und**
711 **damit finanzielle Schwerpunktsetzung** zulassen. Das ist eine Grundfrage der Demokratie.

712 Demokratie, Bürger*innenbeteiligung und Transparenz

713 Unser Gemeinwesen hat sich in Zeiten der Corona-bedingten Einschränkungen bewährt. Als
714 das öffentliche Leben nur noch sehr eingeschränkt funktionierte, als Kitas, Schulen
715 Kultureinrichtungen, Behörden und Einrichtungen vielfach geschlossen oder nur bedingt
716 öffentlich zugänglich waren, haben Nachbarschaften **Verantwortung** für sich und andere
717 übernommen. Menschen, die sich vorher gar nicht oder kaum kannten, haben einander
718 unterstützt und geholfen. Und sie tun es noch. Das war und ist beispielhaft für das
719 Zusammenleben in unserem Bezirk. Dafür sagen wir Danke.

720 **Ankommen heißt Teilhaben.** Menschen mit Migrationserfahrung wissen am besten, welche
721 Herausforderungen Integration und Partizipation mit sich bringen. Daher wollen wir die „**Peer-**
722 **to-Peer“-Arbeit** (z.B. Geflüchtete helfen Geflüchteten), besonders von
723 Migrant*innenselbstorganisationen und Nachbarschaftsinitiativen und -vereinen, finanziell
724 deutlicher besser als bisher über den **Integrationsfonds** stärken. In diesem Zusammenhang
725 wollen wir auch das **Hilfsangebot für obdach- und wohnungslose Menschen** erweitern. Denn
726 auch hier ist die „Peer-to-Peer“-Arbeit der Schlüssel zum Zugang und damit zu gezielten
727 Hilfsangeboten an betroffene Menschen.

728 In diesen Zeiten haben wir einmal mehr verstanden: **Bürger*innenbeteiligung** ist viel mehr als
729 **Leitlinien** und **Vorhabenplanung**, die vielfach als bürokratische Alibi-Veranstaltungen
730 empfunden werden. Wir werden uns als DIE LINKE. immer dafür starkmachen, dass
731 Bürgerbeteiligung nicht länger nur auf dem Papier steht. Wer sich für die Verbesserung seines
732 Kiezes einsetzt, ob im Nikolai- oder Hansaviertel, an der Turmstraße oder anderswo, bei
733 Nutzungskonflikten wie auf dem Leopoldplatz, am Weinbergsweg oder an der Osloer Straße,

734 der verdient Respekt, Gehör und einen fairen Umgang. Wir wollen auch die Rechte der
735 **Bezirksverordnetenversammlungen** stärken. Dafür soll die **Vereinbarkeit von Familie und**
736 **Ehrenamt** verbessert werden. Beteiligung bedeutet auch, dass Bürger*innen an
737 **Entscheidungen mit finanziellen Auswirkungen** mitwirken. Dazu gehören Formen wie
738 Stadtteilkassen, über deren Verwendung vor Ort entscheiden werden soll.

739 Alle Bürger*innen sollen unabhängig von Alter, Geschlecht, sexueller Orientierung, sozialer
740 oder kultureller Herkunft, Beeinträchtigungen, Religion oder Staatsangehörigkeit in unserem
741 Bezirk ein gutes und sicheres Zuhause haben. Alle sollen mitreden und mitentscheiden dürfen,
742 wenn sie es möchten. Denjenigen aber, die unser demokratisches Zusammenleben stören
743 wollen, Zwietracht säen und andere diskriminieren, werden wir immer und mit der ganzen
744 Kraft des Gemeinwesens eine Abfuhr erteilen. DIE LINKE. kämpft gegen Diskriminierung und
745 Hass – uneingeschränkt und immer!